

von Denise Alig

Mit einem Stimmenverhältnis von 80,9 zu 19,1 Prozent hat das Bündner Stimmvolk am gestrigen Abstimmungssonntag beschlossen, die am 22. September 2013 vom Volk angenommene Volksinitiative «Ja zu sauberem Strom ohne Kohlekraft» umzusetzen. Die Stimmbeteiligung betrug 37,2 Prozent. Damit wird die Kantonsverfassung um folgenden Artikel ergänzt: «Der Kanton beteiligt sich nicht an Unternehmen, welche Investitionen in Kohlekraftwerke tätigen. Im Rahmen seiner rechtlichen und politischen Möglichkeiten sorgt er dafür, dass Unternehmen mit Beteiligung des Kantons auf Investitionen in Kohlekraftwerke verzichten.»

Die Abstimmung über erwähnten Artikel war notwendig gewesen, weil die Initianten der Anti-Kohle-Initiative ihr Anliegen damals formell als sogenannte «allgemeine Anregung» eingereicht hatten. Im Visier der Initianten war das ursprünglich geplante Engagement des Bündner Energiekonzerns Repower an einem Kohlekraft-Projekt im italienischen Saline Joniche gewesen.

«Ein historischer Sieg»

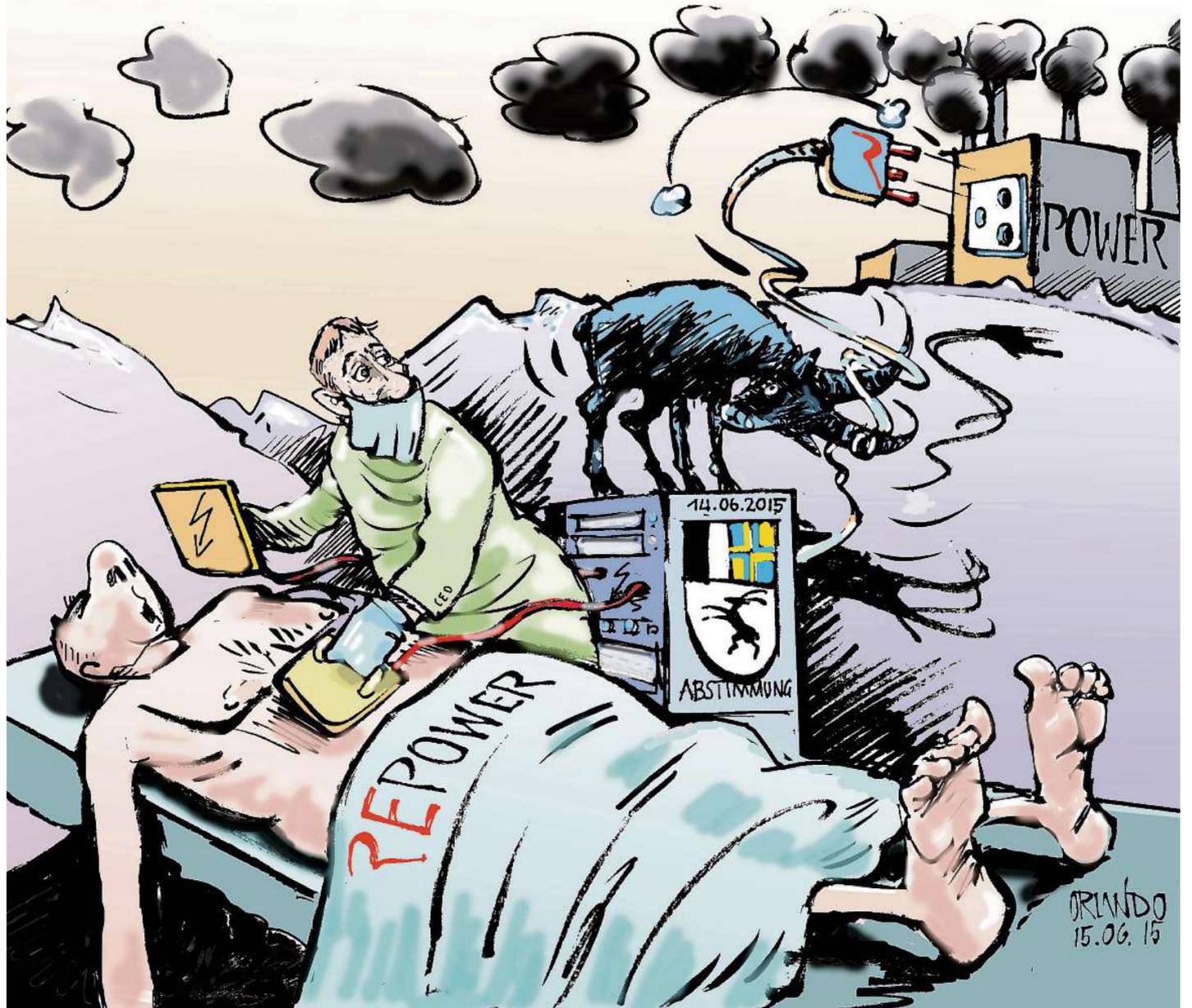
Hoherfreut über das klare Ergebnis zeigten sich gestern denn auch die Umweltverbände. «Das ist ein historischer Sieg. Unsere Strategie mit dem zweistufigen Vorgehen ist voll aufgegangen», sagte Anita Mazzetta, Geschäftsleiterin des WWF Graubünden. Um die Chancen der Initiative «Sauberer Strom ohne Kohlekraft» zu erhöhen, hätten sich die Initianten für eine allgemeine Anregung entschieden, führte Mazzetta aus. «Damit waren die Regierung und der Grosse Rat in der Pflicht, den Volksentscheid umzusetzen und mit einem Verfassungsartikel zu konkretisieren.» Da sich weder Regierung noch Parlament gegen den Volkswillen stellen konnten, sei die heutige Abstimmung nur noch Formsache gewesen.

Repower wird weiter beobachtet

Auch Nic Rüdüsühli, Präsident des Vereins «Zukunft statt Kohle», wertete das Abstimmungsergebnis gestern als «starkes Zeichen für den Klimaschutz und für die anstehende Energie-debatte im Bundeshaus». Sein Verein werde auch nach dem gestrigen Entscheid ein waches Auge auf die Repower und das Kohlekraftwerk in Saline Joniche haben, heisst es in einer Medienmitteilung. «Das Netzwerk mit unseren Verbündeten in Kalabrien bleibt weiterhin bestehen.» Noch hätten sich Repower und die Produktionsgesellschaft SEI nicht aus dem Projekt zurückgezogen, so Rüdüsühli. In Kalabrien seien noch zwei Rechtsfälle hängig: Die Millionenklage gegen einzelne Projektgegner. Zudem habe SEI/Repower die Teilaufhebung des Bewilligungsverfahrens für das Kohlekraftwerk durch das Verwaltungsge-

«Unsere Strategie mit dem zweistufigen Vorgehen ist voll aufgegangen.»

Anita Mazzetta
Geschäftsführerin WWF



Kohle-Abstimmung lässt kaum mehr Fragen offen

Nach dem überaus deutlichen Ja des Bündner Stimmvolks zur Umsetzung der Anti-Kohle-Initiative herrscht an allen Fronten Klarheit. Die Umweltverbände sehen sich in ihrer Strategie vollauf bestätigt, die Regierung kann mit dem Volksentscheid «gut leben» und Repower will sich an sein Versprechen halten.

richt Lazio an die italienische Regierung weitergezogen.

Auch Cavigelli zufrieden

Regierungsrat Mario Cavigelli wies auf Anfrage darauf hin, dass sich die Bündner Bevölkerung gestern nach der Abstimmung über die Initiative «Ja zu sauberem Strom ohne Kohlekraft» vom 22. September 2013 bereits ein zweites Mal gegen Kohlekraftwerke ausgesprochen habe. Nachdem die in Form einer allgemeinen Anregung

formulierte Initiative im Herbst 2013 mit einer denkbar knappen Ja von 124 Stimmen angenommen worden sei, habe der vom Volksbegehren direkt tangierte Energiekonzern Repower erklärt, sich bis Ende 2015 aus dem Kohlekraftwerk-Projekt im italienischen Saline Joniche zurückzuziehen, so Cavigelli. «Insofern, war die damalige Abstimmung die entscheidende.» Er betonte weiter, die Regierung habe die gestern zur Abstimmung gekommene Vorlage zur Annahme empfohlen, ob-

wohl eine solche Empfehlung nicht zwingend gewesen wäre. «Doch die Regierung war der Ansicht, der im September 2013 zum Ausdruck gekommene Volkswille sei vorbehaltlos zu vollziehen», sagte Cavigelli. Die Regierung könne denn auch gut mit dem gestrigen Ergebnis leben, zumal es keine grossen energiestrategischen Ziele des Kantons tangiere, erklärte er. Cavigelli betrachtet es im übrigen als Vorteil, dass das Resultat derart klar ausgefallen ist.

Werner Steinmann, Leiter der Medienstelle von Repower, erklärte gestern gegenüber der «Südostschweiz», man kommentiere das Abstimmungsergebnis bewusst nicht. Er begründete diese Haltung damit, dass das Abstimmungsergebnis nichts an der von Repower Ende 2013 gemachten Ankündigung ändere, sich bis spätestens Ende des laufenden Jahres aus dem Projekt in Saline Joniche zurückzuziehen. Der Rückzug sei beschlossen und werde vollzogen, so Steinmann..

Nachsitzen der Kohlegegner

Die Energieproduktion aus Kohle ist ein Dreckschäft.

Ein Kommentar
von Stefan Bisculm



Die Bündner Stimmbürger haben gestern einen Schlussstrich unter eines der unrühmlichsten Kapitel der Geschichte der Bündner Energieproduktion gezogen. Das Ansinnen, im mafiaverseuchten Kalabrien für eine Milliarde Euro ein Kohlekraftwerk zu bauen, schädigte das Ansehen des Bündner Energiekonzerns Repower nachhaltig. Die Energieproduktion aus Kohle ist von seinem Abbau bis hin zur Verstromung ein Dreckschäft, das durch Profite nicht gerechtfertigt werden kann. Repower ist mehrheitlich im Besitz der Bündner Steuerzahler, und diese sorgten dafür, dass das Unternehmen nicht weiter mithilft, eine der umweltschädlichsten Formen der Energieproduktion für weitere 40 Jahre am Leben zu halten.

Der Stopp dieses einen Kraftwerks mag aus einer internationalen Perspektive nicht viel mehr sein als ein Tropfen auf den heissen Stein. Aktuelle amerikanische Studien zeigen auf, dass im letzten Jahrzehnt weltweit mehr Kohlekraftwerke gebaut wurden als in irgendeinem Jahrzehnt davor. Die neu gebauten Kohlemeiler werden bei einer Laufzeit von 40 Jahren insgesamt 307 Milliarden Tonnen Kohlendioxid in die Atmosphäre blasen. Ein Grossteil dessen, was die Atmosphäre gemäss Klimaforschern noch erträgt, bevor die Temperaturen verrückt spielen. Wir sind weit davon entfernt, das Problem des Klimawandels zu lösen, wenn weiterhin derart massiv in Technologien investiert wird, welche das Problem nur verschlimmern.

Der Bündner Souverän hat seinen global gesehen unbedeutenden Einfluss nicht als Ausrede benutzt. Dass er gleich zweimal über die gleiche Frage abstimmen musste, ist ein Kuriosum, das vermeidbar gewesen wäre. Aus strategischem Kalkül hatten die Initianten zuerst statt eines fertigen Verfassungstextes nur eine allgemeine Anregung zur Abstimmung gebracht. Erst bei der zweiten Abstimmung ging es dann um den konkreten Verfassungstext. Die Verfassung lässt diesen Umweg leider zu. Die Zahl der Volksinitiativen ist in den letzten Jahren stetig angestiegen – auch ohne abstimmungsstrategische Extrarunden.

@ Kontaktieren Sie unseren Autor:
stefan.bisculm@somedia.ch